

Laßt Menschlichkeit walten!

Bundestag appelliert an Moskau: Selbstbestimmung für die Zone

Berlin (Eigenbericht). In einer einstimmig gefaßten EntschlieÙung, die von den Abgeordneten stehend angenommen wurde, hat der Deutsche Bundestag in Berlin gegen die fort-dauernde Verletzung der Gesetze der Menschlichkeit in der Zone, insbesondere gegen die heimtückische Knebelung der Freizügigkeit im Reiseverkehr protestiert und die Bundes-regierung ebenso wie jeden einzelnen Deutschen aufgefordert, den Flüchtlingen menschliche Rücksicht und Hilfe in jeder möglichen Form zu gewähren. Der Bundestag forderte erneut die deutsche Wiedervereinigung in freier Selbstbestimmung. Die EntschlieÙung hat folgenden Wortlaut:

I.

Seit mehr als zehn Jahren dauert jetzt der Flüchtlingsstrom an, trotz aller Behinderungen und Sperren, die das Zonenregime zwischen die beiden Teile Deutschlands legt. Die Zahl von mehr als drei Millionen Flüchtlingen allein aus Mitteldeutschland ist der erschütternde Ausdruck der Existenz- und Gewissensnot, die auf der deutschen Bevölkerung zwischen Elbe und Oder lastet. Er ist der Beweis, daß das, was den Menschen in Mitteldeutschland zugemutet wird, über die Grenze der Leidensfähigkeit hinausgeht. Er ist aber auch der klare Beweis, daß die Mitteldeutschen nicht in den ihnen aufgezwungenen Verhältnissen leben wollen. Der Bundestag protestiert gegen die fort-dauernde Verletzung der Gesetze der Menschlichkeit. Es ist nicht nur ein Gebot politischer Klugheit und weitblickenden Verständigungswillens, sondern der reinen Menschlichkeit, den Deutschen in der Zone den Weg zu freier demokratischer Selbstbestimmung und zur gesamtdeutschen Gemeinschaft freizugeben.

II.

Der Deutsche Bundestag erhebt besonders Einspruch gegen die kaltherzige und heimtückische Knebelung der Freizügigkeit, durch die den Einwohnern der sowjetisch besetz-

ten Zone das Reisen über die Zonengrenze hinweg nahezu unmöglich gemacht ist. Das krassste Zeichen der Unterbrechung der menschlichen Beziehungen ist der Rückgang des Reiseverkehrs um fast 85 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Deutsche Bundestag wiederholt sein Verlangen, allen Deutschen das Reisen innerhalb Deutschlands endlich freizugeben. Daß von den Besuchern die jeweils im anderen Teil Deutschlands geltenden gesetzlichen und behördlichen Vorschriften zu beachten sind, ist eine Selbstverständlichkeit.

III.

Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, gemeinsam mit den Regierungen der Länder und insbesondere auch mit dem Senat von Berlin weiterhin dafür zu sorgen, daß den Flüchtlingen bei ihrer ersten Aufnahme in die Obhut des freifeindlichen Deutschland jede mögliche menschliche Rücksicht und Hilfe zuteil wird und daß alles, was geschehen kann, für ihre wirtschaftliche und soziale Eingliederung getan wird. Aber die Aufnahme der Flüchtlinge darf nicht nur eine Pflicht der Behörden sein. Jeder einzelne Deutsche im Bundesgebiet ist aufgerufen, zu seinem Teil mit-zuhelfen, um dem Flüchtling das tröstliche Gefühl wirklicher Geborgenheit zu geben. Der Welt muß gezeigt werden, daß sich die Deutschen

nicht nur in Worten zu der Einheit ihres Volkes bekennen, sondern auch mit helfender Tat.

IV.

Die Bundesrepublik Deutschland ist sich bewußt, daß sie als Ordnung des staatlichen Lebens für die Zeit bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands geschaffen wurde. Der Bundestag wiederholt feierlich den im Grundgesetz enthaltenen Appell, daß das ganze deutsche Volk aufgefordert bleibt, die Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden. Die Verpflichtung der vier Mächte zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands wird hierdurch nicht be-rührt.

Der Deutsche Bundestag erwartet die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands von einem unmittelbaren freien Willensentschluß des gesamten deutschen Volkes in seinen heute noch getrennten Teilen, der nach der Beseitigung der nicht in deutscher Zuständigkeit liegenden Hindernisse herbeizuführen ist.

Der Deutsche Bundestag erklärt seine Bereitschaft, jede Verhandlung zu unterstützen, die die Wege zu einem solchen Willensentscheid des deutschen Volkes ebnet, sobald eine Vereinbarung der vier Mächte diese Möglichkeit erschlossen hat.

V.

Der Bundestag bekennt sich erneut zu seinem einmütigen Vorschlag eines Vier-Mächte-Gremiums, das gemeinsame Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage vorbereiten soll. Die Bundesregierung wird beauftragt, sich bei den vier Mächten weiterhin für die Realisierung des Vorschlages nachdrücklich einzusetzen.

Auf harter Bank

DI. Die Berliner Woche der deutschen Politik ist zu Ende. Bundestagspräsident Gerstenmaier beendete die letzte Berliner Plenarsitzung mit der sarkastischen Bemerkung, zwar seien die Sitze für die Abgeordneten hier in Berlin härter und schmaler, als die gewohnten Sessel in Bonn, aber es habe alles geklappt. Diese technisch gemeinte Feststellung Gerstenmaiers läßt sich durchaus übertragen: auf das politische Ergebnis dieser Berliner Woche überhaupt. Es hat alles geklappt, aber nicht nur die Sitze, auch das Klima waren hier in Berlin härter. Mancher Bundestagsabgeordnete schritt nachdenklich durch die hallenden Korridore der Technischen Universität. Nicht zu übersehen war der noch immer unbehebene Zerstörungszustand dieses alten Semper-Baues. Die Fassade ist eingestürzt, und es gibt Schutthaufen und ausgeglühte Stahlkonstruktionen über den Lichthöfen. Ist dieser Zustand nicht symbolisch für Gesamtdeutschland, dreizehn Jahre nach der Katastrophe?

*

Ohne die besonderen Sorgen Berlins unterschätzen zu wollen, ist die Frage nach dem politischen Gehalt des Bonner Besuchs in der alten und künftigen Hauptstadt wichtiger. Wer das Auslandsecho prüft, im Osten wie im Westen, wird sich einer gewissen Enttäuschung nicht erwehren können. Wir meinen den internationalen Nachklang, nicht jenes niveaulose und geifernde Gezänk, das uns aus dem anderen Teil unserer Stadt entgegenschäumt. Dort, bei Ulbricht und seiner Umgebung fühlt man sich nur getroffen, angeklagt, bloßgestellt und zittert wahrscheinlich vor der nächsten Zensur aus dem Kremel. Es muß also weiteres geschehen, wenn das Ergebnis der Berliner Woche auch international Beachtung, ja eine gewichtige Wertung hüben und drüben finden soll.

*

Wir glauben, daß sie das verdient. Es waren nicht nur die

üblichen Deklamationen und Wiederholungen längst bekannter Formeln, zu der die Redner des Bundestages ansetzten. Vielmehr standen alle von Wehner bis Kiesinger, von Brandt über Gradl, Mende bis Carlo Schmid unter dem Bewußtsein, vor sich selbst und vor dem Volk glaubwürdig zu erscheinen. Sie sprachen auch unter dem Zwang, einmal das SED-Regime wieder und diesmal sehr realistisch anzuklagen, also die Fluchtbewegung der letzten Monate zu rechtfertigen, gleichzeitig aber die gesamtdeutsche Sorge nicht zu verschweigen, daß jeder, der aus der Zone weggicht, die Substanz des Volkes und des inneren Widerstandes gegen Ulbricht schwächt. Gewiß haben die drei Millionen Sowjetflüchtlinge gegen dieses Regime durch ihre Flucht abgestimmt. Aber können wir die Fortsetzung dieses Protestes wünschen? Das Notaufnahmeverfahren in den Flüchtlingslagern Berlins ist schon erleichtert worden. Niemand braucht sich einer alliierten Befragung zu unterwerfen, wenn er es nicht will. Die väterlich-entschiedene Art, in welcher der Bundeskanzler sich um die Verbesserung der Lagerzustände in Berlin bemüht hat, war notwendig und dringlich, aber wie weit darf man den Anreiz zur Flucht für diejenigen steigern, von denen man nur wünschen kann, daß sie der SED als unbequeme Untertanen erhalten bleiben? In dieser Frage zeigt sich unser tragisches Dilemma.

*

Das ist die eine Seite und, weiß Gott, nicht die geringste der Sorgen, die jeder verantwortliche Politiker im freien Teil Deutschlands gegenüber den 17 Millionen und ihrem Schicksal zwischen Oder und Thüringer Wald empfinden muß. Wer also auf Abhilfe sinnt — und wer denkt nicht an Deutschland in der Nacht —, stößt dann auf den internationalen, ja weltpolitischen Hintergrund der deutschen Frage. Dort scheinen alle Wege nach Moskau zu führen. Der Bundeskanzler hat es bestätigt, der

Führer der Opposition, Ollenhauer, hat ihm zugestimmt und die einstimmig angenommene Entschließung des Bundestages hat dieser Tatsache entsprochen. Das ist doch neu, wenn man den jahrelangen durch Bundestagssitzungen und Wahlversammlungen breitgetretenen Streit um die besten Methoden gesamtdeutscher Politik in Erinnerung hat. Und wenn man hier in Berlin jetzt darauf verzichtete, sich gegenseitig vorzurechnen, wer denn „gesamtdeutscher“ und damit scheinbar besser als der andere sei. Damit legte man wirklich einen Grund für gesamtdeutsche Politik vom freien Teil Deutschlands her.

*

Alles kommt darauf an, wie es nun weitergeht — in Bonn und anderswo. Die harten Sitze in der Technischen Universität Berlins waren nur ein Symbol für die harte Bank, auf der wir Deutschen in der Weltpolitik von heute sitzen. Wir verharren nach wie vor im Wartesaal der Geschichte. Aber wer hindert uns daran, den Stationsvorsteher mit der roten Mütze daran zu erinnern, daß nun sehr bald der deutsche Zug in Richtung Einheit abgehen müßte, wenn der weltpolitische Verkehr nicht besorgniserregend gestört werden soll. Gerade in dieser Richtung hat der Bundeskanzler eine Zusage gegeben, indem er als nächste Aktion ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in Bonn, Smirnow, in Aussicht nimmt.

Dritte Rate freigegeben

Bad Homburg (dpa). Das Bundesausgleichsamt in Bad Homburg hat die Auszahlung der dritten Rate der Hausratenschädigung für Anträge mit 70 und mehr Punkten vom 1. Oktober an freigegeben. Wie das Bundesausgleichsamt mitteilte, werden die beiden ersten Raten für alle entscheidungsfähigen Anträge weiter ausbezahlt.

Nach dem Rechten gesehen

DT. Als Bundeskanzler Dr. Adenauer in Berlin eintraf, sagte er, man müsse jetzt die Ärmel aufkrepeln. Dieses Versprechen hat er gehalten. Er hat in den Tagen seines Aufenthaltes in Berlin weder sich noch seine Mitarbeiter geschont. Mit einer Tatkraft und einem Unternehmungsgestaltungsgeist sondergleichen ist er von früh bis spät unterwegs gewesen, ist zu Sitzungen, Besprechungen und Besichtigungen mehrfach kreuz und quer durch die Stadt gefahren, um hier und dort „nach dem Rechten zu sehen“. Sein Auftreten im Flüchtlings-Notaufnahmelager in der früheren Gardeschützen-Kaserne in Lichterfelde, wo er unbeeinflussbar Fehler und Mängel feststellte und sich über alle bürokratischen Hemmnisse mit der ihm eigenen Entschlossenheit hinwegsetzte, hat sich Adenauer nicht nur bei den Flüchtlingen selbst, sondern auch bei der Bevölkerung ganz Berlins allgemein Hochachtung und neue Freunde verschafft.

Auch auf politischem Gebiet ist es Adenauer jetzt in Berlin offenbar gelungen, einige Mißverständnisse und seit langem bestehende Vorurteile richtigzustellen oder sogar vollständig zu beseitigen. Es ist immerhin bemerkenswert, daß der Regierende Bürgermeister Brandt, der ja gleichzeitig SPD-Landesvorsitzender ist, dem Bundeskanzler nachdrücklich für die geleistete Hilfe und Unterstützung beim Aufbau Berlins dankte und Adenauers großes Verständnis für die kommunalen Bauaufgaben der Stadt würdigte. Mit dem Ergebnis der Besprechungen zwischen dem Kanzler und seinen Bundesministern kann der Senat im ganzen auf jeden Fall zufrieden sein. In Fragen der Bundeshilfe für das Berliner Haushaltsjahr 1959 wurde eine weitgehende Übereinstimmung der beiderseitigen Auffassungen erzielt. Außerdem bahnen sich für eine Reihe von Einzelfragen, wie z. B. der Steuervergünstigungen, des sozialen Wohnungsbaues und des Aufbaues der Universitäten, positive Lösungen an. Schließlich hat der Bund auch eine Son-

derhilfe für die Berliner Flüchtlingslager zugesagt.

Zieht man das Fazit dieser Tage, so bleibt festzustellen, daß die Atmosphäre zwischen Berlin und Bonn frischer geworden ist. Hinzu kommt, daß im Gespräch zwischen Bundes-

kanzler und Bundesministern einerseits und den Bürgermeistern und den Senatoren andererseits vielfach ein besserer Kontakt zustande kam, der die Voraussetzung dafür bietet, daß künftige Verhandlungen im Sinne einer gemeinsamen Verantwortung für Berlin zu positivem Abschluß gelangen.

Ost-CDU verschärft Kirchenkampf

„Jugendweihe gliedert sich harmonisch in das Schulsystem“

Dresden (dpa/ap). Mit der Wiederwahl des Präsidenten der sogenannten Länderkammer, August Bach, zum ersten Vorsitzenden der Partei wurde der 9. Parteitag der Sowjetzonen-CDU im Dresdener Hygiene-Museum beendet. In den letzten Diskussionsbeiträgen und in der einstimmig begilligten Entschließung, die der SED volle Unterstützung beim Aufbau des Sozialismus zusichert, wurde die sozialistische Umgestaltung des Hochschulwesens ausdrücklich befürwortet. Von den theologischen Fakultäten wurde verlangt, daß sie ihre Isolierung aufgeben und eine Atmosphäre echten staatsbürgerlichen Denkens schaffen sollten.

Der Parteideologe Günther Wirth erklärte auf einer Pressekonferenz, die Zeit sei vorbei, wo Briefe von Kirchenleitungen den fortschrittlichen Kräften vorenthalten werden könnten. Einige Kirchenleitungen versuchten, den Staat zu unterhöheln. Wenn der Magdeburger Präses Kreyszig (bei der Protestkundgebung im Naumburger Dom — Die Red.) die Einheitsfront zwischen Katholizismus und Protestantismus proklamiert habe, müsse dies als „glatter Unterwanderungsversuch“ aufgefaßt werden. Vorsitzender Bach erklärte zum Thema Jugendweihe, seine Partei könne sie nicht als erledigtes Problem ansehen, doch gliedere sie sich harmonisch in das neue System des Schulunterrichtes ein. Generalsekretär Götting sagte, es sei unerträglich, wenn Staatsbürger der „DDR“ den Weisungen westdeutscher Kirchenleitungen folgten, „die den Gesetzen eines an-

deren Staates untergeordnet seien.“

„Osservatore Romano“ klagt an

Das Vatikanblatt „Osservatore Romano“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der Lage der Kirchen in der Sowjetzone Deutschlands und erklärte, das Pankower Regime scheine hinsichtlich der religiösen Verfolgung „die am meisten vorgeschobene Position anderer sogenannter Volksdemokratien erreichen“ zu wollen. Der Kampf gegen die Religion in der Sowjetzone werde in einem ideologischen Geist geführt, der „an alte hitlerische Motive und Systeme“ gemahne. Gott allein wisse, was den mitteldeutschen Katholiken in naher Zukunft bevorstehe.

Kirchliche Einheit

Bielefeld (ap). Der Berliner Bischof Dr. Otto Dibelius vertrat in Bielefeld die Ansicht, die Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland sei trotz der kirchenfeindlichen Maßnahmen der Sowjetzonen-Regierung nicht gefährdet. Der Bischof erklärte auf einer Pressekonferenz, wenn die Kirche die Einheit wolle, dann sei es für den Staat sehr schwierig, diese Einheit zu zerschlagen.

Wie Dibelius ferner mitteilte, haben die Sowjetzonenbehörden vor einigen Tagen den in Ostberlin wohnenden Präses Scharf und Hildebrandt keine Ausreisegenehmigung zur Teilnahme an der in Stockholm stattfindenden theologischen Konferenz erteilt.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2,

„Die Welt aufmerksam machen“

Adenauer zur Lage in der Sowjetzone — Optimismus gegenüber Weltsituation

Berlin (Eigenbericht). Für eine zielbewußte und konsequente Politik die Wiedervereinigung „von einer Stelle aus“ hat sich Bundeskanzler Dr. Adenauer vor der Berliner Pressekonferenz eingesetzt.

Auf das von der SPD vorgeschlagene „Amt für innerdeutsche Regelung“ eingehend, erklärte er, es habe keinen Zweck, „immer etwas Neues aufstellen zu wollen“. Es sei das Ziel der Bundesregierung, der deutschen Einheit auf dem Wege der Entspannung durch eine kontrollierte Abrüstung näherzukommen. Wörtlich erklärte der Kanzler: „Wir müssen die Weltöffentlichkeit — denn es glauben nicht alle — darauf aufmerksam machen, daß in Deutschland ein Trennungsgraben geschaffen wird, der allen Menschenrechten hohnspricht und Zustände schafft, die für Mitteleuropa unerträglich sind.“ Adenauer kündigte an, daß er in Kürze ein längeres Gespräch auch über die Zustände in der Sowjetzone mit Botschafter Smirnow führen werde.

Zur weltpolitischen Lage meinte der Bundeskanzler, er habe während der Nahost-Krise nicht an einen globalen Krieg geglaubt. Wenn die Krise in Formosa jetzt vermutlich abflaute, könne man darauf schließen und hoffen, daß die großen Mächte USA und Sowjetunion es nicht zu einem Krieg kommen lassen würden. Falls jetzt wirklich eine ruhigere Zeit beginne, müßte man wieder zu Verhandlungen über eine gut vorbereitete Gipfelkonferenz zurückkommen.

„Schlüssel liegt in Moskau“

Über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen und den Ostblockstaaten befragt, äußerte sich Adenauer zurückhaltend. Er habe sich in dieser Frage „noch keine Meinung gebildet“. Die Erörterung dieses Problems müsse man im Zusammenhang mit dem Verhältnis zur Sowjetunion sehen. Der Schlüssel liege in Moskau. Adenauer deutete an, daß man vielleicht mit Handelsmissionen

in dem einen oder anderen Land beginnen könne. Auf die Frage, ob die Bundesregierung ihr Prinzip aufgeben wolle, mit keinem Staat diplomatischen Verkehr zu unterhalten, der auch die Sowjetzone anerkenne, antwortete der Bundeskanzler: „Wir müssen unterscheiden zwischen Staaten, die einfach nicht anders handeln können, als die Sowjetzone anzuerkennen — und dazu gehören die Satellitenstaaten — und solchen, die in der Lage sind, diese Dinge frei zu entscheiden.“

Ollenhauer: Ein Anfang

Wenige Stunden nach dem Bundeskanzler stellte sich auch der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer der Berliner Pressekonferenz. Er bewertete die in Berlin zutage getretene Einmütigkeit aller Fraktionen des Bundestages in der Beurteilung der Flüchtlingsfrage und der Deutschlandpolitik als sehr positiv. Dies sei ein Schritt vorwärts, jedoch dürfe dies nur ein Anfang sein in den künftigen Bemühungen um die Kernfrage des deutschen Vol-

kes. Dementsprechend werde die SPD in Bonn ihren zunächst zurückgestellten Vorschlag für die Errichtung eines „besonderen Amtes“ als Koordinierungsstelle für Interzonenregelungen in interfraktionellen Verhandlungen wieder aufnehmen. Der SPD-Vorsitzende gab zu, daß dies von der SPD gewünschte Instrument für Verhandlungen mit Stellen der sogenannten DDR nur dann eine Chance habe, wenn es auf der Gegenseite einen guten Willen gebe. Ollenhauer hielt auch eine „andere Konstruktion“ dieser Stelle für möglich, als sie der ursprüngliche SPD-Antrag vorschah.

Die von Bundestag und Bundesregierung vorgeschlagene Errichtung einer Vier-Mächte-Arbeitsgruppe stellte Ollenhauer in dem Zusammenhang mit der genauen Prüfung der inzwischen hierzu vorliegenden sowjetischen Noten. Der SPD-Vorsitzende sprach sich für Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag, wie sie auch Moskau in Aussicht gestellt habe, aus.

Gemeinsamkeit bewahren

Appell des Bundestagspräsidenten auf der Schlußsitzung

Berlin (Eigenmeldung). Mit dem dringenden Appell an alle Fraktionen zur weiteren Zusammenarbeit in der Wiedervereinigungspolitik hat Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier die Berliner Sitzungswoche des Bundestages geschlossen. Wie in Berlin, müsse auch in Bonn versucht werden, über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg eine Gemeinsamkeit in der praktischen Methodik der Wiedervereinigungspolitik herauszuarbeiten. Die dem deutschen Volke aufgezogene Spaltung sei ein Unrecht vor Gott und den Menschen. Ihre Überwindung bleibe das oberste Ziel der deutschen Politik. Das deutsche Volk könne die Wiedervereinigung nicht aus eigener Kraft erzwingen. Es müsse aber dafür sorgen, daß das schon in der übrigen Welt vorhandene Bewußtsein von der Ungerechtigkeit

der Aufspaltung Deutschlands vertieft werde. Hierdurch würden zumindest die Chancen für eine Lösung der Deutschlandfrage verstärkt.

Im Hinblick auf die Propagandaparolen der sowjetzonalen Machthaber sagte Gerstenmaier, in diesem „Gegröle und sinnlosen Geschrei“ zeige sich „das schlechte Gewissen von Menschen, die Unrecht tun und eine Gefahr für den Frieden der Welt sind.“ Den Berlinern sprach der Bundestagspräsident den herzlichen Dank des Hauses für die herzliche Aufnahme aus. Angesichts von Bedenken, daß die Plenarsitzungen im großen Hörsaal der Technischen Universität Schwierigkeiten bereiten könnten, sagte Gerstenmaier: „Es hat geklappt, auch wenn die Sitze hier etwas härter und schmaler sind als unsere Sessel in Bonn.“

SED fordert: Mütter in die Produktion

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in der Zone

B. Berlin (Eigenbericht)

In den letzten Wochen erinnerte sich die mitteldeutsche Bevölkerung oft an den von Lenin verkündeten Grundsatz: Einen Schritt zurück und zwei Schritte vor. Die SED sprach von „linken Überspitzungen“, von „formalen Organisationsmängeln“, von bürokratischen Fehlern und Schwächen des mittleren und unteren Funktionsapparates. Unsere Landsleute reagierten darauf skeptisch, denn ihnen fehlt das Vertrauen zu einer Staatspartei, die sie bisher so oft enttäuscht hat.

MAGDEBURG

Die Bevölkerung soll kritisieren. Die Bezirksparteivertagung der SED hat beschlossen: „Auf Hinweise, Kritiken und Beschwerden der Bevölkerung ist unverzüglich zu reagieren. Mängel und Schwächen sind öffentlich zu kritisieren. Die Beschlüsse stellen ferner fest: Die Arbeitsproduktivität muß um 1 Prozent über den Staatsplan hinaus gesteigert werden. Bei der Durchsetzung der sozialistischen Mittelstandspolitik darf keine Verzerrung der Parteilinie zugelassen werden. Die Verstaatlichung der Privatunternehmer soll nur auf der Grundlage der Überzeugung erfolgen. Der Eintritt der Bauern in eine LPG soll auf dem Prinzip der Freiwilligkeit erreicht werden. Wörtlich lautet die Anweisung: „Vor allem gilt es, eine enge und ständige Verbindung mit den parteilosen Massen herzustellen, feinfühlig auf ihre Kritiken zu reagieren, ständig ihre Auffassungen zu kennen und alle aufgeworfenen Fragen überzeugend zu beantworten.“

DRESDEN

CDU-Parteitag und Jugendweihe. Die Teilnehmer am CDU-Parteitag in Dresden hatten sich klare Erklärungen versprochen. Herauskam Liebedienerei gegenüber der SED. Die Christlichen Demokraten in der Zone müssen sich zum Sozialismus bekennen. Zur Eröffnung der Jugendstunden hieß es: „Frei von Aberglauben und

Mystik und göttlicher Verklärung müssen wir unsere Jugendlichen erziehen zur Liebe für unsere Republik.“

Ausfälle gegen westliche Politiker. Die in Dresden erscheinende „Sächsische Zeitung“ vom 1. Oktober schreibt in fetter Überschrift auf der ersten Seite: „Steckt nicht eure Schweine schnauze in unseren sozialistischen Garten.“

ROSTOCK

In der Schiffswerft Rostock trägt man Niethosen und Medaillons. Die Betriebszeitung „Unsere Werft“ beklagt sich über die Jugendlichen: „Es gibt Jugendliche, die sich auf den Rückschritt orientieren, die nach dem reaktionären Texas schauen, anstatt ihre Sympathien den arabischen Völkern entgegenzubringen. Seit einiger Zeit gibt es eine regelrechte Medaillenseuche. Jungen und Mädchen tragen eine Blechmarke mit dem Kopf des Großherzogs von Mecklenburg, auf deren Kehrseite zur Erinnerung an das hundertjährige Bestehen der mecklenburgischen Artillerie 1813—1913 aufgerufen wurde. Vielen Jugendlichen ist nicht bewußt, daß sie dadurch die alte Gesellschaftsordnung verherrlichen und daß sie sich zum Verbreiten der alten Junkerideologie, deren Drang nach dem Osten geht, mißbrauchen lassen. Es ist eine Schande, daß unsere Stadt Juweliere duldet, die derartige Dinge unter dem Ladentisch verkaufen bzw. Aufträge zur Herstellung solcher Anhänger entgegennehmen.“

Was ist sozialistische Romantik? Den Jugendlichen der Neptunwerft wurde gesagt, sie sollten sich nicht ihre Ideale aus den italienischen Filmen herausuchen. Die sozialistische Romantik sei der Bau des Nord-Süd-Kanals, der Bau der Erdölleitung aus dem Kaukasus.

HALLE

Die Mutter soll in die Produktion. Die SED-Zeitung Halle setzt sich für die Halbtagsarbeiten der Frauen ein. Die Zeit sei vorbei, wo Mütter bei ihren Kleinstkindern bleiben müssen. Nicht die Zahl der

Stunden, sondern die Innigkeit des Verhältnisses zwischen Mutter und Kind bestimme das Glück. Wenn Frauen arbeiten, dann können sie erst ihre Kinder im richtigen Sinn erziehen. Außerdem würden Frauen durch Arbeit in der Produktion selbstsicherer. Es dürfe bald keine Nur-Hausfrauen mehr geben!

LAUCHHAMMER

Oberschüler müssen den Facharbeiterbrief erwerben. Während der vierjährigen Vorbereitung auf das Abitur sollen die Schüler den Beruf eines Maurers oder Schlossers erlernen. Zunächst müssen die Lehrer den Facharbeiterbrief erwerben, dann soll es obligatorisch für die Schüler werden. Das Braunkohlenwerk Lauchhammer erhielt den Auftrag, Vorbereitungen für die Durchführung dieses Plans zu schaffen.

Adenauer: „Berlin steht für Deutschland“

Berlin (Eigenbericht). Am letzten Abend seines Berlin-Aufenthaltes sprach Dr. Adenauer vor der Landeskonzferenz der Jungen Union. Die bevorstehenden Wahlen, so sagte er, müßten zum Ausdruck bringen, daß auch Berlin hinter der Außenpolitik der Bundesrepublik steht. Gerade diese Stadt könne es sich — im Gegensatz zu den Plänen der SPD — nicht leisten, den Wahlkampf nur mit Fragen der Landespolitik zu führen. „Berlin steht für Deutschland“ — rief Adenauer unter stürmischem Beifall der Jungen Union — „Zeigen Sie der Welt, daß man in Berlin über die gesamte Politik der CDU ebenso denkt wie im Bundesgebiet!“

Er wisse genau, so fuhr der Kanzler fort, daß in Berlin führende Sozialdemokraten keineswegs die dauernde außenpolitische Opposition ihrer Partei im Bundesgebiet teilen. „Aber sie wagen es nicht zu sagen.“ Die Wahl müsse deshalb beweisen, „daß Berlin nicht für die sozialdemokratische Außenpolitik steht“.

Ernstere Sorge um Papst Pius

Leichte Besserung nach teilweiser Lähmung durch zwei Gehirnschläge

Castel Gandolfo (Eig.-Ber.). Im Befinden Papst Pius' XII., der am Montag nach zwei Gehirnschlägen lange Zeit bewusstlos und teilweise gelähmt war, ist nach Mitteilung der Ärzte eine „merkliche Besserung“ eingetreten. In einem Bulletin teilten die Ärzte des 82-jährigen Oberhauptes der katholischen Kirche mit, der Lebenswille des Papstes habe wieder einmal beträchtliche Widerstandskraft gezeigt, doch könne noch keine endgültige Prognose über den Verlauf seiner schweren Erkrankung gestellt werden. In den katholischen Kirchen der ganzen Welt beten die Gläubigen seit Montag für die Genesung ihres erkrankten Oberhirten.

Dazu verlautet, daß der Hinweis auf die gesundheitliche Widerstandskraft des Papstes sich auch auf seine Erklärung vor vier Jahren bezieht, als sein kräftiges Herz ihm die Genesung von einer durch einen nervösen Schluckauf ausgelösten völligen Erschöpfung ermöglichte.

Die Nacht zum Montag hatte Papst Pius, dessen Gesundheit bereits seit einigen Tagen wegen Überanstrengung zu Besorgnis Anlaß gab, verhältnismäßig ruhig verbracht. Die wiederum aufgetretenen Schluckauf-Beschwerden verschwanden. Um 8.30 Uhr, nachdem er der Messe in seiner Privatkapelle beigewohnt hatte, erlitt er einen ersten Gehirnschlag, als er gerade mit der Tagesarbeit beginnen wollte. Am Nachmittag folgte ein zweiter Gehirnschlag. Nach Ansicht von Fachärzten muß die Erkrankung des Papstes nicht unbedingt zum Tode führen, zumal noch nicht bekannt ist, ob es sich um eine Blutung, die Verlagerung oder die Degeneration einer Arterie handelt. Bei dem hohen Alter des Patienten wird es jedoch für zweifelhaft gehalten, ob er auch nach einer Überwindung der Krankheit Sprechvermögen und Körperbeherrschung wieder voll zurückerlangen kann. Im Vatikan ruht zur Zeit jede normale Tätigkeit. Die Kirchenverwaltung geht im Falle einer derart schweren Erkrankung des Papstes automatisch an die Kurien-Kardinäle über.

Im Vatikan sind inzwischen Genesungswünsche der Staats-

oberhäupter und Regierungschefs aus aller Welt eingefloßen. Unter ihnen befinden sich

auch Telegramme von Präsident Eisenhower und Bundespräsident Heuss. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dibelius, sagte in einem Vortrag in Bielefeld, um das Leben des Papstes bange die gesamte katholische Welt. Aber auch die evangelische Christenheit sei erfüllt von tiefem Respekt vor seiner durchgeistigten und geheiligten Persönlichkeit.

Nur einen Tag in Freiheit

Zonen-Staatssekretär nach Entlassung wieder festgenommen

Berlin (dpa). Nur einen Tag befand sich der ehemalige Staatssekretär im Sowjetzonen-Justizministerium, Dr. Dr. Helmut Brandt, auf freiem Fuß. Dann wurde er nach Informationen des Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen am 7. September aus einem von Dresden nach Berlin fahrenden Eisenbahnzug herausgeholt und wegen versuchter „Republikflucht“ erneut verhaftet.

Der frühere Staatssekretär befand sich seit dem 6. Dezember 1950 aus politischen Gründen in Untersuchungshaft. Im Juni 1954 war er zusammen mit dem ehemaligen Außenminister der Sowjetzonen-Regierung, Dertinger, zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Später wurde diese Strafe auf acht Jahre herabgesetzt. Am 5. September 1958 wurde Brandt aus dem Zuchthaus Bautzen entlassen. Obwohl Brandt den Wunsch geäußert hatte, zu seinem früheren Wohnsitz in Westberlin fahren zu dürfen, wurde ihm Dresden als neuer Aufenthaltsort zugewiesen. Dort befand sich Brandt unter scharfer Bewachung.

Urteile am laufenden Band

Fast täglich verhängen Sowjetzonenengerichte gegenwärtig Freiheitsstrafen wegen angeblicher Staatsverleumdung, wegen „Beleidigung führender Funktionäre“ oder wegen ver-

suchter „Republikflucht“. Wie aus einer Zusammenstellung des Informationsbüros West hervorgeht, werden sogar Jugendliche zu Gefängnisstrafen verurteilt. Das Kreisgericht Zeulenroda, Thüringen, sprach gegen einen 15jährigen und einen 16jährigen Jungen Gefängnisstrafen von vier bzw. sechs Monaten sowie anschließende Heimerziehung aus.

Mit einem Jahr und acht Monaten Gefängnis endete eine Reise in die Sowjetzone für die Bürgerin der Bundesrepublik, Gerda Diebitz aus der Oberpfalz. Sie war verhaftet und angeklagt worden, ihrer in der Zone lebenden Mutter seit 1950 ständig Lebensmittelpakete geschickt zu haben. Das Kreisgericht Greiz erklärte, diese Paketsendungen seien „zu spekulativen Zwecken“ benutzt worden. Die mitangeklagte Mutter Martha Slabik aus Zickra, Kreis Greiz, wurde als „Mittälerin“ zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt.

Weniger Arbeitslose

Berlin (Eigenmeldung). Die Zahl der Arbeitslosen in Berlin ist im September um 533 auf 59 924 Personen zurückgegangen. Damit wurde der niedrigste Stand seit Beendigung der Blockade erreicht. Gegenüber September 1957 hat sich die Arbeitslosenzahl um rund 8800 verringert,

Macmillan besucht Bonn

Adenauer lud Premierminister zu Beratungen ein

W. Bonn (Eigenbericht). Der britische Premierminister Macmillan und Staatssekretär Ormsby Gore sind zu einem offiziellen Besuch nach Bonn gekommen. Auf Einladung der Bundesregierung werden sie mit Bundeskanzler Dr. Adenauer und Außenminister von Brentano aktuelle politische Probleme besprechen. In London kam die Ankündigung des Macmillan-Besuches völlig überraschend. Noch vor kurzer Zeit war offiziell erklärt worden, wegen der politischen Verpflichtungen des Premierministers seien in der nächsten Zeit Auslandsreisen nicht möglich.

Der Besuch der britischen Politiker dauert zwei Tage. Zweck des Besuches ist nach einer amtlichen Bonner Verlautbarung,

„die bisherigen Gespräche fortzuführen, den persönlichen Kontakt zwischen den Staatsmännern zu vertiefen und Meinungen über die allgemeine Lage auszutauschen“.

Nähere Einzelheiten wurden nicht mitgeteilt, doch ist anzunehmen, daß die Regierungschefs und ihre Außenminister neben den aktuellen politischen Problemen vor allem auch die jüngsten sowjetischen Noten zur Deutschlandfrage erörtern werden. Vermutlich wird die Bundesregierung auch ihren Wunsch vorbringen, der Diskussion der deutschen Frage auf internationaler Ebene neue Impulse zu geben.

Macmillan und Lloyd waren im Sommer 1957 zum letzten Male in Bonn.

Wölfe in Hinterpommern

Katastrophale Lage in der einstigen Kornkammer

dt. Stettin, (Eigenbericht) Die Versteppung der einst blühenden deutschen Ostprovinzen durch Raubbau in ihren Wäldern, durch Verwilderung der Äcker und durch unzureichende Besiedlung wurde Jahre hindurch von allen amtlichen Stellen Polens nicht zugegeben. Inzwischen sind die Mißstände aber so groß und offenkundig geworden, daß die Zeitungen der Volksrepublik nicht umhin können, einzugestehen, daß „die Steppe im Vormarsch“ und infolge der „Devastierung des Baumbestandes“ eine „katastrophale Lage“ eingetreten ist.

Die polnischen Zeitungen bestätigen damit den ebenso eindrucksvollen wie erschütternden Bericht des deutschen Arztes Dr. med. Werner Krüger (vormals Stolz, Pommern), der in den Jahren 1951 bis 1954 als Instrukteur des polnischen Roten Kreuzes Rettungsstationen in den deutschen Ostprovinzen eingerichtet hat und erst im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik eingetroffen ist. Nach Krügers Bericht besteht eine geregelte Waldwirtschaft überhaupt nicht; vielmehr werde Waldraubbau betrieben, der den polaren Winden breiten Raum gebe, um Deutschlands

einstige Kornkammer in Pommern und weite Räume darüber hinaus in Steppengebiete zu verwandeln. Neben den Wildschweinen seien die Krähen das hauptsächlichste Tier der entwaldeten, versteppten und verumpften Landschaft. In den wenigen Wäldern herrschen wilde Hunde, vereinzelt auch schon Wildkatzen und Wölfe, die nachts in den Steppen heulen.

Diesen Zuständen entsprechen die landwirtschaftlichen Erträge des einstigen landwirtschaftlichen Überschufgebietes, dessen Ackerland heute nur zur Hälfte bewirtschaftet ist. Es gibt sogar Kreise — wie Rummelsburg und Bütow — in denen nur etwa 30 Prozent des früher bestellten Bodens bewirtschaftet sind. Hier kann sich die Bevölkerung noch nicht einmal selbst ernähren.

Für kulturelle Kontakte

Aachen (dpa). Bei einem Festakt der ostdeutschen Kulturtag in Aachen forderte Bundesminister Lemmer, die kulturelle und geistige Gemeinsamkeit mit dem Osten zu wahren. Die unterbrochenen

Verbindungen zu den benachbarten Völkern müßten wieder aufgenommen und einer einseitigen Westverschiebung deutscher Kulturgesinnung entgegen gewirkt werden.

„Berliner Tage“ in Frankfurt

Frankfurt (dpa). Die „Berliner Tage“ in Frankfurt sind in der Paulskirche mit einem Festakt eröffnet worden, an dem u. a. der Regierende Bürgermeister Brandt, Parlamentspräsident Henneberg, der Frankfurter Oberbürgermeister Bockelmann sowie Vertreter der hessischen Landesregierung teilnahmen. Zum Thema „Um Deutschlands Hauptstadt“ erklärte Brandt, Berlin fühle sich mit Frankfurt besonders verbunden. Frankfurt habe stets Berlins Bemühen, die Einheit in Frieden und Freiheit zu erreichen, unterstützt. Auf dem „Frankfurter Kreuz“ der Autobahn enthüllte Brandt einen Berliner Meilenstein. Am Montag fanden zwischen Mitgliedern des Senats und des Frankfurter Magistrats Besprechungen statt, in deren Verlauf man sich über einen verstärkten kulturellen Austausch sowie über eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Jugendbetreuung und über wirtschaftliche Maßnahmen einigte. Falls die Internationale Automobil Ausstellung wieder nach Berlin vergeben werden sollte, will Frankfurt keinen Versuch machen, diese Ausstellung zu behalten.

Der fünfte Versuch

Washington, (dpa). In der Sowjetunion ist nach amerikanischen Beobachtungen am Sonntag erneut eine Atomwaffe zur Explosion gebracht worden. Die amerikanische Atomenergie-Kommission teilte am Montag mit, daß diese Explosion — die fünfte in der neuen sowjetischen Versuchsreihe — wieder nördlich des Polarkreises ausgelöst worden sei. Die Waffe sei diesmal allerdings etwas kleiner gewesen als die anderen vier Atomwaffen, die in den letzten Tagen nördlich des Polarkreises zur Explosion gebracht worden waren.



BILDER DER WOCHE: Oben: Während der Sitzung des Bundestages in Berlin tagte das Bundeskabinett unter Vorsitz von Bundeskanzler Adenauer im Berliner Bundeshaus. — Unten: Die Fahrer des 45. Berliner Sechstager Rennens wurden von Filmstar Debra Paget und Charles Humez, der in einem sensationellen Kampf seinen Titel an „Bubi“ Scholz verlor, auf die Reise geschickt.

